

Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf den Wohnungsmarkt

Besserer Schutz der Mieterinnen und Mieter vor Kündigungen zur Renditeverbesserung

Zürich, 8. Dezember 2009

Die angespannte Situation auf dem Mietwohnungsmarkt wird zunehmend dazu benutzt, langjährigen Mieterinnen und Mietern zu kündigen, um von der neuen Mieterschaft einen höheren Mietzins zu erhalten. Zum Schutz der Mietenden vor den Auswüchsen des äusserst knappen Wohnungsangebots in sämtlichen Grossräumen der Schweiz verlangt Anita Thanei, Präsidentin des Schweizerischen Mieterinnen- und Mieterverbands, in einer parlamentarischen Initiative ein Verbot von Kündigungen zur Erzielung einer höheren Rendite.

Im Zusammenhang mit der erweiterten Personenfreizügigkeit steigt die Nachfrage nach Mietwohnungen, von denen das Angebot in sämtlichen Grossräumen der Schweiz äusserst knapp ist. 70 Prozent der Schweizer Bevölkerung wohnt in den urbanen Regionen. Ein Nachfrageüberhang besteht insbesondere auch in den Städten Zürich und Genf, wo er ein Nährboden für zunehmende Missbräuche bildet. Immer häufiger werden, insbesondere bei Mietobjekten an begehrten Lagen, Kündigungen ausgesprochen, um aus dem Mietobjekt eine höhere Rendite zu erzielen. Betroffen sind zunehmend ältere Menschen, die auf dem freien Wohnungsmarkt keine Wohnungen mehr finden. Auch Familien, Alleinerziehende und Alleinstehende in knappen finanziellen Verhältnissen leiden unter diesen Auswüchsen des knappen Mietwohnungsmarkts. Selbst der sogenannte Mittelstand wird in die Agglomerationen verdrängt.

Die Vernehmlassung des Schweizerischen Mieterinnen- und Mieterverbands zur Personenfreizügigkeit vom 27. Februar 2008 finden Sie unter:
<http://www.mieterverband.ch/1958.0.html>

Bereits in seiner Vernehmlassung zur erweiterten Personenfreizügigkeit forderte der Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband Deutschschweiz griffige flankierende Massnahmen. Handlungsbedarf sieht der Verband unter anderem im Bereich des geltenden Kündigungsschutzes, damit langjährige Mietende in den städtischen Agglomerationen nicht aus ihrer Wohnung vertrieben werden. Mit einer parlamentarischen Initiative doppelt nun die Präsidentin des Schweizerischen Mieterinnen- und Mieterverbands, die Zürcher SP-Nationalrätin Anita Thanei, den Forderungen nach. Sie verlangt, dass Kündigungen zur Erzielung einer höheren Rendite von einer neuen Mietpartei missbräuchlich sind und damit bei Schlichtungsbehörden und den Gerichten erfolgreich angefochten werden können.

Für Auskünfte

Anita Thanei, Präsidentin: Tel. 079 634 47 18